

Uhrige Agitation.

Der „United Mine Workers“ von Pennsylvania.

In der Anthrazit-Region.

Scranton, Pa., 2. März. Die Mitglieder des Exekutivkomitees der drei Distrikte der „United Mine Workers“ in der Anthrazit-Region, welche soeben von der Konferenz mit den Grubenbesitzern in New York zurückgekehrt sind, erklären, sie würden sofort alle möglichen Schritte tun, um für den Anschluß der Kohlengräber in den drei Distrikten an die Union Propaganda zu machen, um womöglich den Anschluß der sämtlichen 160,000 Mann, welche in der Hartkohlens-Region arbeiten, an die Union herbeizuführen. Bis jetzt gehören nämlich in der fraglichen Gegend nur etwa ein Drittel der Arbeiter zu den „United Mine Workers“ und das Bestreben geht dahin, bis zu der nächsten Konferenz mit den Arbeitgebern, welche auf den 14. d. M. angesetzt ist, eine möglichst ansehnliche Verstärkung der Union zu erzielen.

Dixons Erklärung.

Roosevelts Nominierung scheint ihm sicher.

Übernimmt Zeitung am Montag.

Washington, 2. März. Senator Dixon sagte heute, daß er am Montag die Zeitung der Roosevelt-Kampagne übernehmen werde. In Verbindung damit gab er die folgende Erklärung bekannt: „Es besteht sicher kein Zweifel darüber, daß die bei weitem größere Mehrzahl der republikanischen Stimmgäber für die Nominierung von Oberst Roosevelt sind. Sie glauben, daß, wenn Roosevelt nominiert werden sollte, an seinem glänzenden Sieg im November nicht zu zweifeln ist. Sie fürchten aber eine Niederlage, wenn Laft nominiert werden sollte. Die republikanische Partei schuldet niemand die Nominierung. Wenn dieser Ansicht der Mehrheit der republikanischen Stimmgäber durch die Wahl von Delegationen zur Nationalkonvention in richtiger Weise Ausdruck verliehen wird, wird Roosevelt sicher der Kandidat werden.“

Die einzige Hoffnung solcher Republikaner, welche gegen die Nominierung Roosevelts sind, beruht auf der Ausnützung von Regierungs-Patronage im Süden, um dort die Delegationen von unbedeutenden politischen Organisationen zu kontrollieren und auf dem gewaltigen Unterdrücken der wirklichen Stimmung unter republikanischen Stimmgäbern in gewissen nördlichen Staaten bei der Wahl der Delegationen zur Nationalkonvention.“

„Ich habe noch nicht Zeit gehabt die Lage in den äußersten östlichen Staaten zu untersuchen, aber die aus jedem Kongress-Dittir in den großen republikanischen Gemeinwesen des Mississippi, Tennesse, wie Ohio, Illinois und Michigan, mir zugegangenen, sehr genau gehaltenen Berichte lassen darauf schließen, daß Roosevelt aus diesen Staaten solide Delegationen erhalten wird, während in den westlich von dem Mississippi gelegenen Staaten die Roosevelt-Stimmung einfach nicht zu unterdrücken ist. Meiner Ansicht nach kann betreffs des Resultats der Chicagoer Konvention auch nicht der geringste Zweifel obwalten.“

Hält Schlussvorlesung.

Prof. Paul S. Reinsch beendet seine Wirksamkeit in Berlin.

Berlin, 2. März. Professor Paul S. Reinsch von der Staatsuniversität Wisconsin in Madison, welcher im laufenden Wintersemester als Roosevelt-Professor an der hiesigen Universität wirkte, hielt heute seine Schlussvorlesung, welcher, außer den zahlreichen regulären Hörern, Rektor Lenz und viele Korrespondenten, Mitglieder der amerikanischen Kolonie Berlins bewohnten. Prof. Reinsch sprach über das Thema: „Die Grundrichtung des amerikanischen Geisteslebens“. Als der amerikanische Gelehrte seine Vorlesung beendet hatte, die ungemessenen Beifall fand, dankte ihm Rektor Lenz in warmen Worten der Anerkennung für seine ersprießliche Tätigkeit.

Glänzender Konkurrenzfest.

Berlin, 2. März. Laut Meldung aus Essen hat die Firma Krupp einen glänzenden Konkurrenzfest veranstaltet. Die rumänische Regierung bestellte heute bei Krupp die neuen Feldhaubitz, für welche im diesjährigen Etat die Mittel ausgeworfen sind. Der hauptsächlichste Mitbewerber war die bekannte Firma Schneider & Co. in Creuzot, Frankreich.

Berzweifelte Mutter.

Salem, Oregon, 2. März. Aus Berzweiflung darüber, daß sie nicht genug verdienen konnte, um ihre vier Kinder vor dem Hungertode zu bewahren, vergiftete heute die 36 Jahre alte Frau J. F. Zellon diese und dann sich selbst.

Betrieb hört auf.

Fabriken in Großbritannien geschlossen.

Unter tausende arbeitslos.

Die unangenehmen Folgen des allgemeinen Streiks der Grubenarbeiter machen sich jetzt überall bemerkbar. Die Arbeiter in den Kohlenzechen in Bohum, Deutschland, stellen ganz plötzlich ihre Arbeit ein. Sie protestieren gegen angeblich ungerechtfertigten Lohnabzug. Suffragetten in London gebärden sich wie toll. Werfen Feuer großer Käden und von Privatwohnungen prominenter Männer ein.

London, 4. März. Infolge des allgemeinen Streiks der Kohlengräber des Landes wird eine Fabrik nach der anderen geschlossen. Man schätzt die Zahl der dadurch bis jetzt beschäftigungslos gewordenen Arbeiter auf mindestens zweihunderttausend. Sämtliche Manufakturen der Kohlentransportschiffe in den verschiedenen Häfen Englands werden entlassen, weil die Schiffe keine Kohlen bekommen können. Heute wurde auch der Verkehr auf der Eisenbahnlinie in Yorkshire vollständig eingestellt. Zu Gewalttätigkeiten scheint es noch nirgend gekommen zu sein.

Bohum, Deutschland, 4. März. Ganz unerwartet begannen heute hier in drei Zechen die Arbeiter einen Streik, an dem sich sämtliche Angestellten beteiligten. Die Streiker beschwerten sich darüber, daß ihnen ganz angereicherter Weise Abzüge von ihrem Lohn gemacht wurden. Man fürchtet, daß dieses zu einem allgemeinen Streik führen wird. Das Exekutivkomitee der nationalen Federation der Grubenarbeiter hat eine Proklamation erlassen, in der die Streiker dafür getadelt werden, daß sie ihre Arbeit niederlegten, ehe die Union als solche ihre Zustimmung dazu gegeben hatte. In dieser Proklamation wird den Streikern der Befehl erteilt, sofort wieder zur Arbeit zurück zu kehren; aber man fürchtet, daß dieser Befehl unbeachtet bleiben wird.

London, 4. März. Eine Anzahl von fanatischen Frauenstimmrechtlerinnen zogen heute mit Hämmern und Steinen bewaffnet, durch den Knight-Bridge und denrompton Road Distrikt in dem westlichen Stadtteil von London und zerrümpelten die großen Schaufenster vieler Läden. Die Polizei, die auf eine derartige Demonstration nicht vorbereitet war, konnte den Regären eine zeitlang keinen Widerstand leisten. Erst als sie Verstärkung erhielt, gelang es ihr, die wütende Menge auseinander zu treiben. Dreißig Frauen wurden verhaftet. Die Fenster in den Wohnungen des Marquis von Crewe und des Lord Schachmeisters wurden von den Weibern ebenfalls zerrümpelt. Ellen Pittfield, die gestern versuchte, ein Postamt in Brand zu setzen, wurde heute dem Kriminalgericht überwiesen.

London, 4. März. In dem Holloway-Gefängnis gerieten gestern einhundert und fünfzig Suffragetten, die dort wegen Standartenhaftstrafen von je einem bis zu drei Monaten verurteilt, aus dem Haischen. Sie zerrümpelten die Fenster ihrer Zellen und vollführten einen solchen Höllenärm, daß sich Hunderte von Reugierigen auf der Straße anstammelten und die Polizei alle Hände voll hatte, um Rabauzengenen auf der Straße zu verhalten. Freundinnen und Gefinnungsgenossen der eingesperrten Frauenstimmrechtlerinnen benutzten die allgemeine Aufregung zu einem Versuch, das Moorgate-Postgebäude in Brand zu setzen. Dieser Versuch wurde rechtzeitig vereitelt. Für heute abend haben die Suffragetten eine große Demonstration auf dem Parliament Square geplant.

Von Wachtposten erschossen.

Näherete sich in verdächtiger Weise einem Pulverschuppen.

Berlin, 4. März. Laut telegraphischer Meldung aus Elbing in Westpreußen hat ein Wachtposten, der an einem Pulverschuppen aufgestellt war, einen bisher nicht identifizierten Mann erschossen. Der Unbekannte hatte sich zu abendlicher Stunde dem Pulverschuppen genähert. Der Posten rief den Mann dreimal an, ohne daß seine Warnung Beachtung fand. Hierauf gab der Posten den Schuß ab, der die verhängnisvolle Wirkung hatte. Der Soldat erzählte, daß er es mit einem Spion zu tun habe.

In den Aufsichtsrat des Suez-Kanals.

Berlin, 4. März. Präsident Heinemann vom „Nord-Loth“ ist in den Aufsichtsrat des Suez-Kanals gewählt worden. Herr Heinemann wird in der Kanalleitung die Stellung einnehmen, welche früher sein Vorgänger an der Spitze der großen Schiffbau-Gesellschaft, Herr Plate, innegehabt hat.

Streikervrhör.

Dixon wieder auf dem Zeugenstande.

Niedrige Löhne bezahlt.

Sagt den Mitgliedern des Hauskomitees für Regeln, daß er niemals von seinem Lohne vier Dollar eripieren konnte, um seine zweiten Bürgerpapiere zu erwerben. Ein Schreiben des Privatsekretärs des Gouverneurs Fox von Massachusetts vor dem Komitee verlesen. Lage nach seiner Darstellung in Lawrence nicht so schlimm, wie sie dargestellt worden ist. Angeklagte Arbeiterführer in Milwaukee müssen nach Indianapolis, um dort zu plädieren.

Washington, 4. März. Heute wurde hier vor dem Hauskomitee das Verhör von Streikern aus Lawrence, Mass., das am vergangenen Samstag begonnen worden ist, fortgesetzt. Bundes-Abgeordneter Wilson von Pennsylvania unterbreitete ein Schreiben, das ihm von Dublin Holman, dem Privatsekretär des Gouverneurs Fox zugegangen ist. In diesem Schreiben sagt Holman, daß die Lage in Lawrence nicht so schlimm ist, wie sie von einzelnen Agitatoren und Arbeiterführern dargestellt wird. Des weiteren gab Gouverneur Fox durch seinen Sekretär dem Bundes-Abgeordneten Wilson die Versicherung, daß die Militärs in Lawrence nicht einen Augenblick länger bleiben werden, als es absolut nötig ist.

Samuel Dixon, Mitglied des Streikkomitees, wurde von neuem auf den Zeugenstand gerufen und erklärte, daß die meisten Textilarbeiter nicht organisiert waren, als der Streik erklärt wurde. Er wurde dann gefragt, welche Ursachen den Streik veranlaßten. Dixon sagte, die Hauptursache seien die niedrigen Löhne gewesen, die in den verschiedenen Fabriken bezahlt wurden. Auf die Frage, ob er ein Bürger der Vereinigten Staaten sei, antwortete er: „Ich habe längst die Absicht gehabt, meine zweiten Bürgerpapiere zu erlangen; aber ich konnte niemals so viel von meinem Lohn erübrigen, daß die Ausführung meines Planes möglich war. Wenn ich einmal vier Dollar zusammen hätte und nach dem Gericht gehen wollte, um die Papiere zu holen, bräuchten meine Kinder Schuhe oder Kleider, und dann müßte ich das Geld für sie hingeben. Daher kommt es, daß ich noch nicht vollberechtigter Bürger der Vereinigten Staaten bin.“

Lawrence, Mass., 4. März. Obwohl die Besitzer verschiedener Textilfabriken schon letzte Woche ihren Angestellten eine Lohnerhöhung zugesichert und auch die Erklärung abgegeben hatte, daß sie die meisten ihrer früheren Angestellten zurücknehmen werden, lehren heute doch verhältnismäßig wenig Streiker zur Arbeit zurück. Nach einem von dem allgemeinen Streikkomitee heute bekannt gegebenen Bericht sind noch lange nicht die Hälfte der Streiker an die Arbeit zurückgekehrt. In einer heute abgehaltenen Sitzung des allgemeinen Streikkomitees wurde beschlossen, unter keinen Umständen nachzugeben, sondern bei den ursprünglich geltend gemachten Forderungen zu bleiben.

Milwaukee, Wis., 4. März. Nach einer heute abgegebenen Entscheidung des Bundesrichters A. L. Sanborn aus Madison werden die angeklagten Arbeiterführer William E. Reddin und Herman G. Seiffert nach Indianapolis, Ind., gebracht werden, um sich auf die gegen sie erhobene Klage zu verantworten, sich mit anderen verschworen zu haben, um die Bundesgesetze, die das Transportieren von gefährlichen Explosivstoffen von einem Staat nach dem anderen verhindern sollen, zu übertreten. Sie wurden mit anderen in Verbindung mit den von den Brüdern McNamara begangenen Verbrechen in Anklagezustand versetzt, verhaftet und unter Bürgschaft gestellt.

War ein Schwindel.

Angeklagt herabstürzender Juwelier Levi ist jetzt durchgebrannt.

Wien, 4. März. Die Gaunerei, deren Opfer der Wiener Juwelier Albert Levi auf der Rückfahrt von einer Geschäftsreise im Nacht-Schnellzug Salzburg-Wien geworden sein sollte, hat sich als Schwindelgebilde herausgestellt. Levi fingierte den Diebstahl und ist nunmehr spurlos verschwunden. Er wird bereits febrilhaft verfolgt. Der flüchtige Juwelier hatte behauptet, er sei bei dem angeblichen Bahnraub um zwei Millionen in Werte von einer Viertelmillion Kronen und einer beträchtlichen Summe Geldes bestohlen worden.

Die überall bekannte und einst sehr gefeierte Schaulpielerin Frau Annie Yeamans ist gestern in New York einem Schlaganfall erlegen. Sie war 76 Jahre alt.

Zollfreier Zucker.

Demokraten befürworten eine Einkommensteuer.

Werden Vorlage einreichen.

Washington, 2. März. In der von den demokratischen Mitgliedern des Bundes-Abgeordnetenhauses gestern abend abgehaltenen Parteiverammlung wurde beschlossen, eine Bill im Hause zur Annahme zu empfehlen, laut welcher bestimmt wird, daß Zucker auf die Freiliste gesetzt und der dadurch verursachte Verlust an Zollgebühren zum Betrage von \$53,000,000 per Jahr dadurch ersetzt werde, daß gegenwärtig erhobene Korporationssteuer auch auf Individuen und Teilhaberbetriebe ausgedehnt werde, und zwar: in der Weise, daß jeder, der ein Jahreseinkommen von \$5,000 oder mehr hat, verpflichtet ist, eine Steuer zu zahlen. Bundes-Abgeordneter Underwood, der Vorsitzende des Komitees für Mittel und Wege, hat ausgerechnet, daß die Bundesregierung durch diese Steuer eine Mehreinnahme von 50 bis 60 Millionen Dollars erzielen wird. Die Demokraten im Bundes-Abgeordnetenhauses, die die redliche Absicht haben, geeignete Maßregeln anzunehmen, damit die Preise für Lebensmittel billiger werden, sind der festen Ansicht, daß die Preise für Zucker ungefähr 1 1/2 Cent per Pfund fallen werden, wenn Zucker auf die Freiliste gesetzt wird.

In kongressionaler Kreise herrscht heute die Ansicht vor, daß die Vorlage nächste Woche im Bundes-Abgeordnetenhauses angenommen werden wird. Auf eine Annahme im Bundesfenat ist nicht zu rechnen, weil dort die Republikaner die Majorität haben und schon aus Parteigründen gegen die Vorlage sind, weil sie den Demokraten niemals das Verdienst zuzulassen lassen würden, eine Vorlage zur Annahme gebracht zu haben, die nicht nur zeitgemäß, sondern auch im Interesse des Volkes von hohem Wert ist. Einer der wenigen Befürworter der Vorlage unter den republikanischen Senatoren ist Senator Poinder von Washington, der heute folgendes erklärte: „Ich bin von ganzem Herzen für eine Einkommensteuer. Seit Jahren habe ich eine derartige Vorlage befürwortet.“

Konvention geschlossen.

Neue Lohnskala von Kohlengräbern in Springfield angenommen.

Springfield, Ill., 2. März. Gestern wurde hier die Konvention der „United Mine Workers of Illinois“ zum Abschluß gebracht. Die von der Konvention angenommene Lohnskala, die auch von der nationalen Organisation gutgeheißen worden ist, sieht eine Erhöhung des bisherigen Lohnes um 2 Cent per Tonne vor. Diese Lohnskala muß, ehe sie in Kraft treten kann, von einer aus Vertretern des Lohnskala-Komitees und der Grubenbesitzer im westlichen Pennsylvania, in Ohio, Indiana und Illinois bestehenden Behörde, die am 5. März ihre Sitzung in Chicago halten wird, gutgeheißen werden. In einer gestern angenommenen Resolution gestellte die Konvention den Grubenarbeitern in Großbritannien für ihr Vorhaben Anerkennung.

Konjul schwer krank.

Dr. Geißler in Chicago muß sich schwerer Operation unterziehen.

Chicago, Ill., 2. März. Dr. Alfred Geißler, der hiesige kaiserlich-deutsche Konjul, erkrankte gestern nachmittags plötzlich heftig. Der sofort zugezogene Arzt stellte eine schwere Blinddarmentzündung und die Notwendigkeit eines sofortigen operativen Eingriffes fest. Der Kranke wurde daher nach dem Alexander-Hospital geschafft und dort so bald wie möglich operiert. Die Operation war eine ungewöhnlich schwere, Nachfragen im Hospital ergaben aber, daß Dr. Geißler eine verhältnismäßig gute Nacht hatte und daß heute alle Anzeichen auf seine Genesung schließen lassen. Vor Ablauf des 5. Tages nach der Operation läßt sich allerdings nichts Bestimmtes sagen.

Im Interesse des Friedens.

Köln, 2. März. Wie die „Kölnische Zeitung“ erklärt, wird Rußland in seinen Bemühungen, in Konstantinopel und Rom möglichst günstige Bedingungen für die Beendigung des türkisch-italienischen Krieges zu erzielen, von Oesterreich und Deutschland unterstützt.

Zivildienstkommission suspendiert.

St. Marys, O., 2. März. Die hiesige municipale Zivildienstkommission wurde vom sozialistischen Stadtrat wegen angeblicher Amtsvergehen suspendiert. Das Verhör der gegen die Kommission erhobenen Beschuldigungen findet am 6. März vor dem Stadtrat statt.

Revolte in Portugiesisch Guinea.

Lissabon, 2. März. In Portugiesisch-Guinea ist eine ernste Rebellion ausgebrochen. Die aufreuerischen Eingeborenen plünderten eine europäische Ansehungs, schleppten eine Anzahl von Frauen und Kindern in die Berge und frohen vier im Kampfe gefallene Soldaten auf.

Kämpft weiter.

Erklärung des Senators La Follette.

Er bleibt Kandidat.

Hat eine lange Erklärung an das Publikum erlassen. — Sagt, daß seine Gesundheit bald wieder hergestellt sein wird. — Interessante Ausagen betreffs der Beziehungen zwischen Erpreß- und Eisenbahngesellschaften vor der zwischenstaatlichen Handelskommission. — Was A. Worthington, der Hilfsdirektor des Unterhalts und Betriebes für das Union und Southern Pacific Eisenbahnlinien an dem Zeugenstande ansetzte. Eine gemeinsame Aussetzung des Volkes durch die Gesellschaften.

Madison, Wis., 2. März. Daß Bundes Senator Robert M. La Follette den Kampf um die Nominierung für Präsident auf dem republikanischen Ticket fortsetzen wird, geht deutlich aus einer von dem Senator unterzeichneten Erklärung in seinem Magazin hervor. Diefelbe ist an die progressiven Republikaner gerichtet und lautet:

„Ich gebrauche dies als Mittel, um viele Nachfragen und falsche Darstellungen zu beantworten. Die Angabe, daß meine Gesundheit gebrochen sei, ist falsch. Eine kurze Ruhe wird mich nicht zurück in die alte Feuerlinie bringen. Ich werde fortfahren, ein Kandidat zu sein für wohldefinierte Prinzipien und für ein festgesetztes Gesetzgebungsprogramm, wie, wenn einmal durchgeführt, den Halt des Privilegiums am industriellen Leben des Volkes brechen und daselbe von der Last von tausenden von Millionen fälschlicher Kapitalisierung aufgebürdet, befreien wird. In den 20 Jahren des Kampfes für die progressive Sache habe ich nicht Halt gemacht oder mich seitwärts gewandt, um den leichten Weg zu finden. Ich habe mich beständig geweiht, Kombinationen zu machen, die irgendwo die Issues unsicher machen könnten. Ich wünsche nur die Unterstützung solcher Delegationen, die willens sind, zu gewinnen oder zu verlieren, wenn es nötig sein muß, auf dieser Basis.“ (Ges.) La Follette.“

Washington, 2. März.

Interessante Ausagen über Aktienbesitz zwischen Erpreß- und Eisenbahn-Gesellschaften wurden gestern in der Untersuchung abgegeben, welche die zwischenstaatliche Handelskommission über die Raten, Bestimmungen und Regulationen der Erpreß-Gesellschaften des Landes führt. Während A. Worthington, Hilfs-Direktor des Unterhalts und Betriebes für das Union- und Southern Pacific-System sich auf dem Zeugenstande befand, wurde er von Frank Lyon, Anwalt der Kommission, über einen zwanzigjährigen Kontrakt befragt, der im Jahre 1893 zwischen der Southern Pacific und der Wells-Fargo Co. abgeschlossen wurde. Die Antwort ergab, daß die Erpreß-Gesellschaft willig war, der Southern Pacific 55 Prozent ihrer Einnahmen zu zahlen, aber die Bahn 40 Prozent und einen Bonus von 16,000 Aktien im Nennwerte von \$1,600,000 forterte; daß die Southern Pacific im letzten Jahre diese Aktien an die „American Erpreß Company“ verkaufte und die Bahn hierdurch, nebst den gezogenen Dividenden, \$16,000,000 einheimste. Lyon erklärte, daß dies der Bahngesellschaft seit 1893 66 Prozent der Erpreßeinnahmen auf ihren Linien abwarf. Die Ausagen zeigten, daß die Union Pacific annähernd 55 Prozent der Einnahmen der „American Erpreß Co.“, welche auf den Linien der Southern Pacific den Betrieb hat, erhält. Worthington behauptet, daß die Statistiken zeigen würden, daß die Eisenbahnen keine angemessene Entschädigung für die geleisteten Dienste erhielten; sondern weniger für die Erpreßleistungen im Verhältnis zum Raum, wie für den Transport von Passagieren und Gepäck, oder 21.02 Cent für jede Wagonmeile des Erpreßdienstes gegen 26.02 Cent für jede Wagonmeile des Passagier- und Postdienstes zusammen.

Eine Stimme fehlte.

Prohibitions-Vorlage in Berginien noch nicht endgültig abgetan.

Richmond, Va., 2. März. Durch die Abwesenheit eines Mitgliedes des Staatsfenats wurde gestern verhindert, daß die Gesetzesvorlage für Staats- Prohibition abgetan wurde. Um die Vorlage vor das Plenum zu bringen, waren 27 Stimmen benötigt. Die Gegner verfügten über 26 Stimmen. Ein Gesetzgeber, von dem bekannt ist, daß er gegen Prohibition ist, konnte zur Zeit der Abstimmung nicht gefunden werden, sonst hätte die Maßnahme gleich abgetan werden können. Es ist indeß zweifelhaft, daß die Bill während dieser Legislaturperiode überhaupt zur Abstimmung gebracht werden wird.

Gest nach Berlin.

Generalschab-Geher der österreichisch-ungarischen Armee Blasius.

Berlin, 4. März. In hiesigen politischen und militärischen Kreisen sieht man mit Ungenugung dem angekündigten Besuch entgegen, welchen der Generalschab-Geher der österreichisch-ungarischen Armee, General Blasius Schemua, in Berlin abhalten wird. Die Visite ist für die Zeit vom dreizehnten bis zum sechzehnten März angesetzt worden. General Schemua, welcher vor etlichen Monaten den General d. Inf. Freiherrn Konrad v. Hövendorf auf den Posten des Generalschab-Geher abgelöst, wird sich dem Kaiser vorstellen.

Ist allen voraus.

Deutschland reicher als England u. Frankreich.

Auch stärker als diese Länder.

Eine Erklärung des Präsidenten der Deutschen Bank, Arthur von Gwinner. — Sagt, daß Deutschland eigentlich schuldenfrei ist und daß das deutsche Volk von Steuern nicht so gedrückt wird wie das englische und das französische. — Betreffs der Resultate des Besuchs des englischen Kriegsministers Balfour in Berlin sagt Gwinner, daß man auf die Klärung der Situation warten muß. Deutschland bildet nach dem Dafürhalten des Finanziers keine Gefahr für den Weltfrieden.

New York, 4. März.

Das hiesige Blatt „Financial America“ veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe ein Interview, das einer seiner europäischen Korrespondenten von Arthur v. Gwinner, dem Präsidenten der Deutschen Bank, erlangte. In seinen Äußerungen spricht der berühmte deutsche Finanzier in seiner optimistischen Weise über die finanzielle und politische Stärke Deutschlands, und er liefert den Beweis dafür, daß das Reich in jeder Beziehung weit besser gestellt ist als England und Frankreich. Er zeigt, daß Deutschland eigentlich schuldenfrei ist und das deutsche Volk unter keiner so großen Steuerlast steht wie das englische und das französische. „Die finanziellen Ausichten stehen natürlich mit den politischen im engsten Zusammenhang“, erklärte Herr von Gwinner dem Korrespondenten. „Seit dem hiesigen Besuche des britischen Kriegsministers Balfour scheint sich der politische Horizont etwas zu klären. Wie sich die Situation weiter entwickeln wird, muß abgewartet werden, aber Deutschland kann der Zukunft angesichts der folgenden Tatsachen ruhig entgegenblicken: Die deutsche Reichsbank hat mehr Gold, als die Bank von England und als diese zu irgend einer Zeit während der letzten vierzehn Jahre besaß; und die private Diskontorate war im Januar in Berlin niedriger als in London. Die deutsche Bevölkerung nimmt jährlich um 850,000 Seelen zu, und das Reich hat somit wie gar keine Auswanderung. In England ist die Zunahme weit geringer, und in Frankreich steht das nationale Wachstum seit 1871 fast vollständig still. Das Deutsche Reich wird daher in absehbarer Zeit eine größere Bevölkerung haben, als England und Frankreich zusammen. Die Deposten in den deutschen Sparkassen wachsen viermal schneller, als diejenigen in den französischen und englischen. Die Spirituosen, Tabak- und Erbschaftsteuer sind in England dreimal und in Frankreich zweimal höher, als in Deutschland. Das sollte mit dem Märchen aufträmen, daß das deutsche Volk durch eine allzu große Steuerlast erdrückt werde. Dazu kommt, daß Deutschland weniger für Rüstungszwecke ausgiebt, als England. Das Deutsche Reich hat jedoch ein schlagfertiges Heer und eine tüchtige Flotte, und England besitzt keine Armee.“

„Die englischen und französischen Zeitungen malen Deutschland als eine Gefahr für den Weltfrieden“, schloß Herr v. Gwinner. „Während der letzten vier Jahrhunderte war Deutschland das Schlachtfeld der Nationen. Alle Kämpfe der verschiedenen Völker wurden auf deutschem Boden ausgefochten. Dem machte das deutsche Volk 1870 ein Ende, indem es sich seine Feinde erkaufte. Seitdem hat Frieden in Europa geherrscht, obgleich Deutschland mit seinen vier Millionen Soldaten jede benachbarte Macht erdrücken konnte. Inzwischen hat Frankreich Kontin. Madagaskar und Tunis erobert und es verschluckt, jetzt Marokko. Die Engländer unternehmen Raubzüge auf Ägypten, Beludschistan, Tibet, die südafrikanischen Republikan. Kolonien in Afrika und den Sudan. Was diesen Tatsachen kann jeder seine eigenen Schlüsse ziehen.“

Generalschab-Geher der österreichisch-ungarischen Armee Blasius.

Berlin, 4. März. In hiesigen politischen und militärischen Kreisen sieht man mit Ungenugung dem angekündigten Besuch entgegen, welchen der Generalschab-Geher der österreichisch-ungarischen Armee, General Blasius Schemua, in Berlin abhalten wird. Die Visite ist für die Zeit vom dreizehnten bis zum sechzehnten März angesetzt worden. General Schemua, welcher vor etlichen Monaten den General d. Inf. Freiherrn Konrad v. Hövendorf auf den Posten des Generalschab-Geher abgelöst, wird sich dem Kaiser vorstellen.